

Wirtschaft



Das plant die Post
Wer von den Schliessungsplänen betroffen ist: Land oder Stadt. 13

Postfinance trotz Kreditverbot

Die Posttochter darf keine Kredite sprechen. Trotzdem hat das Institut Darlehen über mehrere Milliarden Franken vergeben - und ist so zum wichtigsten Geldgeber von Schweizer Gemeinden geworden.

Mischa Stünzi und Jorgos Brouzos

Die Postfinance hat seit Jahren ein Problem. Die Bank darf keine Kredite vergeben. Dadurch ist ihr der Zugang zu einem lukrativen Geschäft verwehrt. Sie weibelt schon lange dafür, dass der Bund das Gesetz lockert. Geschehen ist nichts. Doch trotz der Einschränkung tritt die Bank schon längst als Geldgeber auf. Beinahe unbemerkt hat sie sich zum wichtigsten Finanzierer der Schweizer Gemeinden gemausert. So gehört die Postfinance etwa zu den grössten Kreditgebern der Stadt Bern. Sie hat der Stadtkasse einen Kredit über 125 Millionen Franken zu einem Zins von 2,45 Prozent gewährt. Andere grosse Städte wie Winterthur oder Uster setzen ebenfalls auf umfangreiche Darlehen der Postfinance. Und auch städtische Unternehmen wie die Berner Energie- und Wasserwerke (EWB) haben von der Posttochter Kredite in der Höhe von 75 Millionen Franken erhalten.

In einer noch unveröffentlichten Studie der Hochschule Luzern über die Finanzierung mittelgrosser Gemeinden kommt die Postfinance auf einen Marktanteil am Kreditvolumen von 26 Prozent. Zum Vergleich: Bei einer ähnlichen Studie vor zehn Jahren finanzierte die Postfinance erst 10 Prozent der kommunalen Kredite. Studienleiter Christoph Lengwiler geht davon aus, dass dieser Wachstumstrend andauern wird. «Die Postfinance wird wohl 25 bis 30 Prozent der neu aufgenommenen Kredite der Gemeinden finanzieren», sagt der Wirtschaftsprofessor auf Anfrage. Mit ein Grund für das starke Wachstum dürften auch günstigere Konditionen sein. Die Postfinance legt rund 13 Milliarden ihrer Aktiven von 120 Milliarden bei Gemeinden, Städten und Kantonen an.

Dabei heisst es im Postorganisationsgesetz, dass die Post - und damit auch ihre Tochtergesellschaften - keine Kredite und Hypotheken an Dritte vergeben darf. Zudem hat sich eine Ständeratskommission erst im Herbst deutlich gegen eine Motion ausgesprochen, die die Aufhebung des Kreditverbots forderte. Die Postfinance ist trotz Kreditverbot gemäss eigenen Angaben «eine der grössten Finanziererinnen im Segment der öffentlich-rechtlichen Körperschaften». Das in einem umkämpften Markt, der früher von den Kantonbanken und der UBS dominiert wurde.

Geringe Margen

Zur grossen Konkurrenz wollen sich die Kantonbanken nicht äussern. Zwischen den Zeilen lassen die Institute leichten Unmut aber durchblicken: «Die St. Galler Kantonbank stellt eine stärkere Konkurrenz durch andere Anbieter bei der Finanzierung von Gemeinden oder auch von öffentlichen Betrieben fest», so ein Sprecher. Die Kreditvergabe an Gemeinden sei bereits ein eher dünnmargiges Geschäft. Wachstum gebe es



Hauptsitz der Postfinance am Guisanplatz: Hier im ersten Stock werden die Darlehen vergeben. Foto: Adrian Moser

Der Kniff zur Umgehung des Kreditverbots

So vergibt Postfinance die Darlehen

Das Finanzinstitut vergibt besondere Schuldpapiere an Kantone und Gemeinden.

Mischa Stünzi

Die Postfinance vergibt ihre Darlehen über den Geld- und Kapitalmarkt. Ein einfaches Beispiel für eine solche Transaktion ist die Obligation. Wenn die Postfinance in ein Schuldpapier investiert, leiht sie so einem Schuldner Geld aus. Die Schuldner sind sowohl öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Gemeinden und Kantone als auch staatliche und private Unternehmen. Grundlage für ein solches Darlehen ist nicht ein Kreditvertrag, sondern das Wertpapier.

Postfinance vergibt heute über Partnerbanken Hypotheken. Das könnte sie theoretisch auch selbst tun. Sie müsste lediglich eine Partnerbank finden, welche die Hypotheken zuerst in den eigenen Büchern sammelt und dann in eine

separate Gesellschaft auslagert, die sie der Postfinance überträgt. Marc Bonfils, Chef der Tresorerie, sagt, er habe sich auch schon mit dieser Idee befasst, damals um die Jahrtausendwende, als die Postfinance das Geschäft mit den Hypotheken auszubauen begann. Eine Zweckgesellschaft einzig mit der Absicht eines Rückkaufs «eigener» Hypotheken wäre allerdings eine offensichtliche Umgehung des Kreditverbots und würde von der Finanzmarktaufsicht nicht bewilligt, so Bonfils. FDP-Ständerat Hans Wicki (NW) sagt, bei einem solchen «Bubentrickli» würde die Politik einschreiten.

Trotzdem begnügt sich die Postfinance nicht einfach mit Anlagen in Anleihen, sondern geht noch einen Schritt weiter. Für einen Schuldner ist es nämlich aufwendig, eine Obligation herauszugeben. Für kleinere Beträge lohnt sich das nicht. Das Institut bietet deshalb Gemeinden, Kantonen und staatsnahen Unternehmen seine Darlehen auch im Austausch gegen Schuldscheine an - und

zwar ab einer Summe von 200 000 Franken. Die nötigen Schuldscheine erstellt die Postfinance gleich selber; sie unterscheiden sich von Wertschriften unter anderem darin, dass sie nicht so einfach gehandelt werden können.

Wie aber kommt ein sogenanntes Schuldscheindarlehen zustande? In der Postfinance-Praxis kann das vereinfacht gesagt so laufen: Der Berater empfiehlt seinem Kunden, bei Kapitalbedarf doch auch bei der Postfinance anzufordern. Damit konkurrenziert die Postfinance direkt andere Banken, Versicherungen sowie Pensionskassen.

Wenn der Kunde Geld braucht, wendet er sich also auch an die gelbe Bank. Die Tresorerie von Postfinance prüft die Bonität, nennt diesem einen Zinssatz für den gewünschten Betrag und die Laufzeit und kann ein Darlehen abschliessen. Damit sind die Schuldscheindarlehen näher am klassischen Kredit als an einer Finanzierung über eine Anleihe.

praktisch keines. Laut einem Sprecher der ZKB herrscht im Finanzierungsgeschäft für die öffentliche Hand aufgrund der guten Bonitäten und der Negativzinsen ein intensiver Wettbewerb. Für die Gemeinden ist das positiv: Sie würden daher vor allem bei langfristigen Finanzierungen von einem starken Angebotsüberhang auf historisch tiefem Zinsniveau profitieren. Dies bestätigt die Basler KB. Die Preise für Kreditvergaben an Gemeinden, Städte und Kantone seien seit der Einführung von Negativzinsen stark unter Druck geraten, so eine Sprecherin. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass aufgrund des Anlagentotstands neue Marktteilnehmer aufgetreten sind. Bei der UBS heisst es, dass Banken, insbesondere Grossbanken, zunehmend mit schärferen regulatorischen Vorschriften konfrontiert sind, was dazu führt, dass andere Marktteilnehmer Kredite an öffentlich-rechtliche Institutionen zu günstigeren Konditionen vergeben können.

Schwammige Grenze

Die Postfinance vergibt den Gemeinden das Geld über Schuldscheindarlehen. Mit diesem Instrument stünden der Bank eigentlich Tür und Tor offen, um das Kreditverbot auszuhebeln. Wenn sie sich nicht an selbst auferlegte Anleihegrenzen halten würde. Diese grenzten das Finanzierungsgeschäft klar vom Kreditgeschäft ab, sagt Marc Bonfils, Chef der Tresorerie bei der Postfinance. Die Richtlinien schreiben der Bank vor, dass nur Schuldner mit einem offiziellen Rating und einer guten Bonität für ein Darlehen infrage kommen. Kleine und mittelgrosse Unternehmen (KMU) verfügen meist über kein solches Rating. Und anders als öffentlich-rechtliche Körperschaften sind sie nicht im Rating-System der Schweizer Agentur Fedafin geführt, auf das sich die Postfinance stützt.

«Wir halten uns bewusst fern von der schwammigen Grenze zwischen Kredit und Finanzierung», fasst Bonfils zusammen. Denn die Politik achte genau auf die Anleihefähigkeit der Postfinance und würde im Zweifelsfall bestimmt intervenieren. Der direkte Auftritt an den Finanzmärkten entspreche zudem dem Willen und Auftrag des Eigners, sprich des Staats respektive des Bundesrats.

FPD-Ständerat Hans Wicki (NW), der in der Kommission gegen die Aufhebung des Kreditverbots für die Postfinance votiert hat, erachtet das aktuelle Vorgehen der Bank als problemlos. Die Kreditrisikosituation sei bei einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft gross; das sei nicht zu vergleichen mit einem Kredit für ein KMU. Wenn das Staatsunternehmen Post eine Gemeinde finanziere, bleibe das Geld ja sozusagen in der Familie. Für Wicki ist aber auch klar: Wenn die Postfinance Zugang zum regulären Kreditmarkt haben wolle, dann müsse sie sich vom Staat als Eigner lösen. Sonst habe die Bank den Fünfer und das Weggeli.

Swiss Governance Forum Die engen Stuhlreihen der Uni Bern waren gestern Nachmittag prominent besetzt. Yvonne Debrunner

Wenn die Wirtschaft die Schulbank drückt

Statt halbwegs interessierter Studenten sass gestern die Schweizer Wirtschaftsprominenz in den engen Stuhlreihen der Uni Bern: SBB-Chef Andreas Meyer, BKW-Präsident Urs Gasche und viele andere, die häufiger selbst reden, statt sich belehren zu lassen, wenn sie an eine Veranstaltung eingeladen sind. Zwar hielten Meyer und Gasche dann schon auch selbst noch einen Vortrag. Doch zuerst lauschten sie einer Vorlesung der Volkswirtschaftsprofessorin Doina Radulescu, die über Staatseingriffe in den Markt dozierte, über deren Berechtigung und das Risiko, dass sich dadurch lediglich einzelne Gruppen Vorteile verschaffen («Warum

sonst ist Uber in gewissen Gegenden verboten?»). Ob der Seitenhieb gegen das Uber-freie Bern gezielt erfolgte, ist übrigens nicht bekannt.

«Unternehmen zwischen Staat und Markt» lautete das Thema der von der Uni Bern organisierten Veranstaltung. Und Vertreter zweier solch staatsnaher Unternehmen zeigten bezüglich dieser Sandwichrolle gegensätzliche Gefühle. Gasche, der erst vor vier Tagen seinen Rücktritt als Nationalrat bekannt gegeben hatte, fiel durch eine bereits grosse Distanz zur Politik auf. Die Frage von SRF-Moderator Reto Lipp, ob er sich

wünsche, dass der Kanton Bern seinen 52-Prozent-Anteil an der BKW reduziere, beantwortete er mit: «Das ist eine politische Frage. Ich bin kein Politiker.» Faktisch liess Gasche aber mit Aussagen wie der folgenden wenig Zweifel an seiner Haltung: «Die Beteiligung des Kantons hat für die BKW mindestens so viele Nachteile wie Vorteile.»

In kritischen Momenten der Diskussion parierte Gasche übrigens gekonnt mit Gegenangriffen. So konterte er das Argument von SRF-Moderator Lipp, dass sich die BKW mit dem Kauf von Dienstleistungsunternehmen in die

Privatwirtschaft erweitere, mit dem Einwand: «Die SRG erweitert sich auch. Gehen Sie mal aus dem Internet raus!»

Ein entspannteres Verhältnis zum staatlichen Aktionär zeigte SBB-Chef Andreas Meyer - auch deshalb, weil die Bundesbahnen im Gegensatz zur BKW gänzlich der öffentlichen Hand gehören und es also keine Minderheitsaktionäre gibt, die mit ihren Aktien Geld verdienen wollen. «Unser Ziel ist nicht, einen Gewinn abzuliefern», sagte Meyer. Und: «Anders als Post, Swisscom oder BKW bekommen wir enorm viel staatliches Geld.» Und

da derzeit nicht einmal die liberalsten Kräfte ernsthaft eine Privatisierung der SBB fordern, konnte sich Meyer für den Grossteil des Referats seinen Lieblingsthemen widmen: der Digitalisierung, selbstfahrenden Autos, Uber und all den anderen neuen Start-ups, die die Mobilität umkrempeln wollen. Themen also, die weniger dröge sind als «Unternehmen zwischen Staat und Markt». Zu diesem Thema, das stellte Meyer gleich zu Beginn seines Referats klar, wolle er «eigentlich gar nicht reden». Als SBB-Chef kann man sich diese Freiheit wohl nehmen, auch wenn die Professorin etwas anderes vorgab.